

»Sloba« ist zurück

Serbien: Belgrader Denkmal für Milosevic gefordert

Von Thomas Roser, Belgrad

Das Antlitz des 2006 im Gefängnis des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag verstorbenen Slobodan Milosevic prangt in Serbien wieder auf den Titelblättern. »Sloba erneut zwischen uns«, titelt das Wochenblatt »Vreme« angesichts der Premiere der grotesken »Slobodan Show« im Belgrader Nationaltheater. Noch mehr Staub wirbelt eine Initiative auf, die für die Rehabilitierung des 2000 gestürzten Machthabers streitet: Die mitregierenden Sozialisten (SPS) fordern ein Denkmal in Belgrad. Blutige Kriege, Armut, Hyperinflation, der Verlust Kosovos, die NATO-Bombardierung, politische Auftragsmorde, kriminelle Privatisierungen sowie die Plünderung von Rentenkassen und Devisenkonten prägten die bleierne Amtszeit von Serbiens mächtigem Strippenzieher.

85 Prozent der Europäer würden heute ein »positives Bild« von Milosevic haben, ist der SPS-Ehrenvorsitzende Milutin Mrkonjic jedoch überzeugt. Milosevic sei ein Staatsmann gewesen, der »bis zum

»Milosevic war ein Held seiner Zeit und Verteidiger des Landes in schweren Zeiten.«

Bürgerinitiative
»Sloboda – Freiheit«

Ende seines Lebens für die nationale Integrität gekämpft« habe, begründet die SPS-nahe Bürgerinitiative »Sloboda – Freiheit« den kurz vor dem 12. Todestag ihres Idols in der Vorwoche bei der Stadt Belgrad und Präsident Aleksandar Vucic eingereichten Antrag für ein Denkmal: »Milosevic war ein Held seiner Zeit und Verteidiger des Landes in schweren Zeiten.«

Neu sind die SPS-Forderungen nach einem Sockel-Comeback ihres Gründers nicht. Doch die Chancen scheinen so gut wie selten zuvor. Ob in der Politik, Verwaltung, in der Armee oder den Chefetagen der staatlichen Unternehmen und Medien: Seit der Machtübernahme der nationalpopulistischen SNS 2012 sind die einstigen Mitsstreiter von »Sloba« wieder auf dem Vormarsch. Selbst seine vom UN-Tribunal als Kriegsverbrecher verurteilten Generäle gelten in ihrer Heimat als längst rehabilitiert. Und nach den von der SNS klar gewonnenen Belgrader Kommunalwahlen zu Monatsbeginn scheint der Weg zum Milosevic-Monument nun geebnet. Das auffällige Schweigen der SNS zum Vorstoß ihres Juniorpartners werten besorgte Menschenrechtsorganisationen als Zeichen stillschweigender Zustimmung. SNS-Fraktionschef Aleksandar Martinovic hat angedeutet, dass das Milosevic-Monument im Doppelback mit dem von der Regierung bereits bewilligten Denkmal für den 2003 ermordeten Reformpremier und langjährigen Milosevic-Gegner Zoran Djindjic absegnen werden könnte. Der Djindjic-Mord sei ein »tragisches Ereignis« gewesen: »Aber dass Milosevic im Haager Tribunal starb, war auch tragisch.«

Kritiker spötteln, dass der allgewaltige Staats- und SNS-Chef Vucic auch in der Denkmalsfrage auf seine bewährte Schaukelpolitik setzen könnte, also Djindjic und Milosevic. »Entweder Serbien oder Sloba«, warnt indes die Zeitung »Blic«: »Man kann nicht auf dem europäischen Weg sein und gleichzeitig ein Milosevic-Denkmal errichten und dessen düstersten Gefolgsleute wieder zurückbringen.« In der Milosevic-Geburtsstadt Pozarevac hat derweil eine Gegeninitiative die Umbenennung der Lenin-Straße in die »Straße der Opfer von Slobodan Milosevic« beantragt.

»Der Deal ist eine Blaupause«

Bernd Kasperek und Ilker Ataç über das vor zwei Jahren geschlossene EU-Türkei-Abkommen

Vor zwei Jahren wurde der EU-Türkei-Deal besiegelt mit dem Ziel, die Migration in die EU zu verlangsamen bzw. zu stoppen. Wurde dieses Ziel erreicht?

Kasperek: Leider ja. Der EU-Türkei-Deal und die Praxis, die darin festgelegt wurde, hatte eine Stabilisierung des Grenzregimes in der Ägäis zur Folge und hat zu einer wesentlichen Verringerung der Überfahrten beigetragen. Und das alles in Abwesenheit von rechtlichen Garantien für Geflüchtete und lediglich auf Basis einer Absichtserklärung, in die etwa auch das Europäische Parlament nicht einbezogen war.

Ataç: Der Deal hat zudem eine starke symbolische Bedeutung. Nach dem langen Sommer der Migration, als offensichtlich wurde, dass die europäische Asyl- und Grenzpolitik nicht mehr funktioniert und nationalistische Kräfte die Binnengrenzen in Europa schließen wollten, war der Deal die »perfekte« Lösung, die »Rettung« der europäischen Einheit, auch auf symbolischer Ebene.

Wie wird der Deal umgesetzt?

Kasperek: Der Deal funktioniert nicht in all seinen Komponenten. Die Abschiebungen von den griechischen Inseln verlaufen beispielsweise wesentlich schleppender, als man sich das vorgestellt hat von Seiten der EU. Aber die Kontrollen auf türkischer Seite und die abschreckende Behandlung von Geflüchteten und Migranten auf griechischer Seite, trugen dazu bei, dass mittlerweile wenige Menschen über diesen Weg kommen.

Hinzu kommt, dass es nun erstmals einen temporären Schutzstatus für syrische Geflüchtete in der Türkei gibt, also auch die Möglichkeit, offiziell am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Verbunden mit den stärkeren Polizeikontrollen an der Küste und der Tatsache, dass Griechenland seit der Schließung der Balkanroute kein Transitstaat mehr ist, wägen mehr Menschen ab und entscheiden, eher in der Türkei zu bleiben.

Wie setzt die Türkei das Grenzregime um und wieviele Menschen wurden seit Inkrafttreten des Deals von Griechenland aus zurück in die Türkei geschickt?

Ataç: Unter 2000 Menschen wurden von Griechenland in die Türkei abgeschoben im Rahmen des Abkommens.

Auf der türkischen Seite gibt es viel mehr Kontrollen als zuvor, sowohl am Meer als auch an der Landesgrenze. Eine Folge des Deals ist, dass es proportional mehr Tote gibt.

Also mehr Tote im Verhältnis zur Anzahl derjenigen, die die Überfahrt wagen?

Ataç: Genau. Wenn die Grenzkontrolle dichter ist, wird häufiger auf Routen ausgewichen, die viel gefährlicher sind, und in der Folge gibt es mehr Tote.

Kasperek: Es gibt zwischen Lesbos und der Türkei eine Stelle, die ist vielleicht ein, zwei Kilometer breit, die ist sehr stark patrouilliert. Wenn man ausweicht, verdoppelt sich sofort die Distanz, die zu überwinden ist. Ein paar Kilometer mehr machen einen großen Unterschied und die Überfahrt wesentlich gefährlicher.

Bedeutet der Deal, dass insgesamt weniger Geflüchtete in die EU gelangen oder haben sich die Fluchtrouten woanders hin verlagert?

Kasperek: Der EU-Türkei-Deal bezieht sich nur auf die Ägäis zwischen der Türkei und Griechenland. Es gibt immer mal wieder Berichte darüber, dass es auch neue Fluchtrouten zum Beispiel im Schwarzen Meer gibt, aber das ist zahlenmäßig wenig.

Bezüglich der Frage, was das für den Rest der Außengrenzen bedeutet, ist wichtig, hervorzuheben, dass die EU-Kommission den Deal als positiv evaluiert und will, dass genau dieses Zusammenwirken von den verschiedenen Komponenten übertragen wird auf die gesamte Außengrenze der EU. Der Plan ist ganz klar: Die Kommission sieht den Deal als Blaupause für ein Grenzregime und will versuchen, das ganz ähnlich mit anderen Staaten wie zum Beispiel Ägypten, Tunesien, Libyen oder Marokko umzusetzen.



Viele Menschen sitzen auf den griechischen Inseln fest, hier im Lager Moria auf Lesbos.

Foto: AFP/Aris Messinis

Wie ist die Situation der syrischen Geflüchteten in der Türkei?

Ataç: Ungefähr ein Zehntel der 3,5 Millionen syrischen Kriegsflüchtlinge lebt in staatlich organisierten Lagern. Es gab in den letzten Jahren Verbesserungen bezüglich der Gesundheitsversorgung und beim Zugang zu Bildung. Es gibt hier aber immer noch große Defizite. Zum Beispiel besuchen ungefähr 400 000 Jugendliche keine weiterführende Schule. Auf dem Arbeitsmarkt ist die Ausbeutungsrate besonders hoch, viele arbeiten im informellen Bereich, leisten Überstunden, die oft nicht bezahlt werden und so weiter. Hinzu kommt Kinderarbeit, die Größenordnung wird auf 300 000 bis 400 000 betroffene Kinder geschätzt.

Das alles ist unabhängig von dem Deal, das hätte es auch so gegeben, aber der Deal stabilisiert diese prekäre Situation auch.

Inwiefern?

Ataç: Ein Teil der Geldes, das im Rahmen des Deals an die Türkei gezahlt wird, wird als Bargeld – als »Taschengeld« quasi – an syrische Geflüchtete über die türkischen NGOs weiter verteilt. Erst kürzlich hat der Präsident einer der größten NGOs Kızılay (Roter Halbmond), Kerem Kniker, erklärt, wie das funktioniert. Er sagte sinngemäß: Da ist eine fünfköpfige Familie. Wenn drei von ihnen informell arbeiten und dann noch etwas von dem EU-Geld bar ausgezahlt wird, schaffen sie es, über die Runden zu kommen.

Das heißt, die finanziellen Zuwendungen der EU stabilisieren diese prekäre Situation, in dem sie den »flexiblen« Zugang zum Arbeitsmarkt subventionieren.

Die Türkei ist nicht nur Zufluchtsort für syrische Kriegsflüchtlinge, sondern auch für Menschen aus Iran, Afghanistan und anderen Ländern ...

Ataç: Geschätzt sind das 500 000 bis 600 000 Menschen. Das ist aber nicht unbedingt etwas Neues. Die Türkei ist schon seit Mitte der 1990er Jahre ein Transit- und Einwanderungsland.

Kasperek: In der Hinsicht interessant ist, dass die Außenpolitik der AKP sich schon in den Nullerjahren sehr stark auch an die Staaten in Nordafrika gerichtet hat und dass es deswegen seit mehreren Jahren die visum-

freie Einreise für viele Staaten aus Nordafrika gibt, was ein Spannungsfeld war zwischen der EU und der Türkei. Es gibt also eine ganz eigenständige Rolle der Türkei, sie ist nicht einfach nur abhängig von der EU.

Ein Argument der Kritiker des Deals ist, dass man sich erpressbar mache gegenüber der Türkei und das vor dem Hintergrund eines rasanten Demokratieabbaus dort. Jetzt wird zudem Krieg im nordsyrischen Afrin geführt. Würden die EU-Staaten sich deutlicher positionieren, wenn es den Deal nicht gäbe?

Ataç: Nein, das denke ich nicht. Es gibt eine lange und intensive türkisch-europäische Geschichte in Bezug auf Handelsbeziehungen etc. Klar, die Migrationspolitik ist eine wichtige Komponente, aber längst nicht die einzige.

Es gibt die Vermutung, dass es bei dem Afrin-Krieg auch darum geht, einen Korridor zu schaffen, in den arabische Syrer, die in der Türkei leben, umgesiedelt werden sollen. Ist das Propaganda oder tatsächlich ein Plan, den die AKP umsetzen will?

Ataç: Ich glaube, es wird dem türkischen Staat nicht möglich sein, in Afrin eine Situation zu schaffen, in der syrische Flüchtlinge tatsächlich dort leben können. Aber es gibt diesen Wunsch der türkischen Regierung, die meinen das ernst.

In Aussicht gestellt wurde im Rahmen des Deals auch Visafreiheit für türkische Staatsbürger in der EU. Das ist bis heute nicht umgesetzt worden. Ist das nicht etwas, wovon gerade von der AKP Verfolgte profitieren würden?

Ataç: Das Problem der Regimegegner ist ja eher, dass sie oft keinen Reisepass bekommen, z.B. wenn sie wegen eines Notstandsdekrets ihren Job im öffentlichen Dienst verlieren. Da würde die Visa-Liberalisierung nicht helfen. Zudem haben Aktivisten in der Türkei auch immer klar gemacht, dass sie nicht auf Kosten von anderen geflüchteten Menschen einen besseren Status erlangen wollen.

Kasperek: Grundsätzlich finde ich, dass die Abschaffung der Visumpflicht für türkische Staatsbürger kommen muss. Das Pikante dabei ist, dass dies auch einen gewissen Zugang zu Datenbanken nach sich ziehen würde, die die Türkei müsste in abgemilderter Form an das Schengener Informationssystem angeschlossen werden. Und das ist natürlich ein Problem, wenn die aktuelle Regierung und der Polizeiapparat Zugang zu diesen Daten hätten. Was für mich aber kein Grund ist, gegen die Visa-Liberalisierung zu sprechen, sondern ein Anlass, die Datensammlung, die im Rahmen der Migrations- und Sicherheitspolitik in Europa betrieben wird, zu thematisieren.



Bernd Kasperek ist Forscher und Aktivist mit dem Schwerpunkt Europäische Migrations- und Grenzregime. Zuletzt erschien er bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung: »Abschottung im Recht, digitale Erfassung und forcierte Europäisierung.«



Dr. Ilker Ataç arbeitet am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Migrationspolitik, Citizenship und türkische Politik. Mit den beiden sprach für »nd« Nelli Tügel. Fotos: privat/faces of attac

NACHRICHTEN

Xi-Berater wird Chinas Vizepremier

Peking. Mit einem neuen Kabinett rüstet sich China für seine schwierigen wirtschaftlichen und außenpolitischen Herausforderungen. Die interessanteste Personalie bei der Regierungsumbildung ist Liu He, der enge Wirtschaftsberater von Staats- und Parteichef Xi Jinping, der zum Vizepremier aufstieg. Auf ihrer Jahrestagung bestätigten die knapp 3000 Delegierten des Volkskongresses am Montag in Peking ferner Außenminister Wang Yi im Amt und stärkten dessen Position, indem der 64-Jährige sogar zum Staatsrat befördert wurde. Neuer Chef der Zentralbank wurde Yi Gang. *dpa/nd*

Haftstrafe für Soldaten in Israel verkürzt

Tel Aviv. Die Haftstrafe eines wegen Totschlags verurteilten israelischen Soldaten wird verkürzt. Ein zuständiger Ausschuss habe entschieden, dass Elor Asaria nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner 14-monatigen Haftstrafe am 10. Mai freikommen werde, teilte die israelische Armee am Montag auf Twitter mit. Der Kampfsanitäter hatte im März 2016 in Hebron einen am Boden liegenden verletzten palästinensischen Attentäter mit einem Kopfschuss getötet. *dpa/nd*

Tschechien liefert Kurdenpolitiker nicht aus

Prag. Die tschechische Staatsanwaltschaft hat das Verfahren über eine mögliche Auslieferung des Kurdenpolitikers Salih Muslim an die Türkei aus formalen Gründen eingestellt. Grund sei, dass sich Muslim nicht mehr in Tschechien befinde, sagte sein Anwalt am Montag. Der Ex-Chef der syrischen Kurdenpartei PYD war Ende Februar in Prag aufgrund eines Gesuchs der türkischen Behörden festgenommen, wenig später aber von einem Richter wieder auf freien Fuß gesetzt worden. *dpa/nd*

Dschihadist sprengt sich in Tunesien in die Luft

Tunis. Bei einer Razzia tunesischer Sicherheitskräfte hat sich ein mutmaßlicher Dschihadist in die Luft gesprengt. Der Mann wurde nach Darstellung des Innenministeriums am Montag in der Stadt Ben Gardane nahe der Grenze zu Libyen von den Einsatzkräften eingekreist. Er habe dann eine Bombe nahe seines Körpers explodieren lassen, während ein zweiter Verdächtiger das Feuer auf die Beamten eröffnete. Beiden wird vorgeworfen, Kontakte zu Terrorgruppen zu haben. *dpa/nd*

Unabhängige Experten untersuchen Giftproben

London. Unabhängige Experten sollen Proben des Nervengifts untersuchen, das bei dem Attentat gegen den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal verwendet worden ist. Vertreter der Organisation für das Verbot chemischer Waffen in Den Haag wurden am Montag in London erwartet. Sie lassen die Proben in internationalen Labors überprüfen, hieß es. Das soll mindestens zwei Wochen dauern. Außenminister Boris Johnson informiert die EU-Amtskollegen über den Fall. *dpa/nd*

Indien: Kein Trinkwasser in Rohingya-Lagern

Neu Delhi. Indiens Oberster Gerichtshof hat von den Behörden des Landes einen Bericht über die Verhältnisse in indischen Rohingya-Flüchtlingslagern angefordert. Ein Bewohner hatte wegen schlechter hygienischer Bedingungen geklagt, die zu Todesfällen, auch von Kindern, geführt hätten. Die Flüchtlinge lebten ohne Toiletten und Trinkwasser; Krankenhäuser wie Schulen wiesen sie ab, sagte sein Anwalt, der Alternative Nobelpreisträger Colín Gonsalves, am Montag. *dpa/nd*